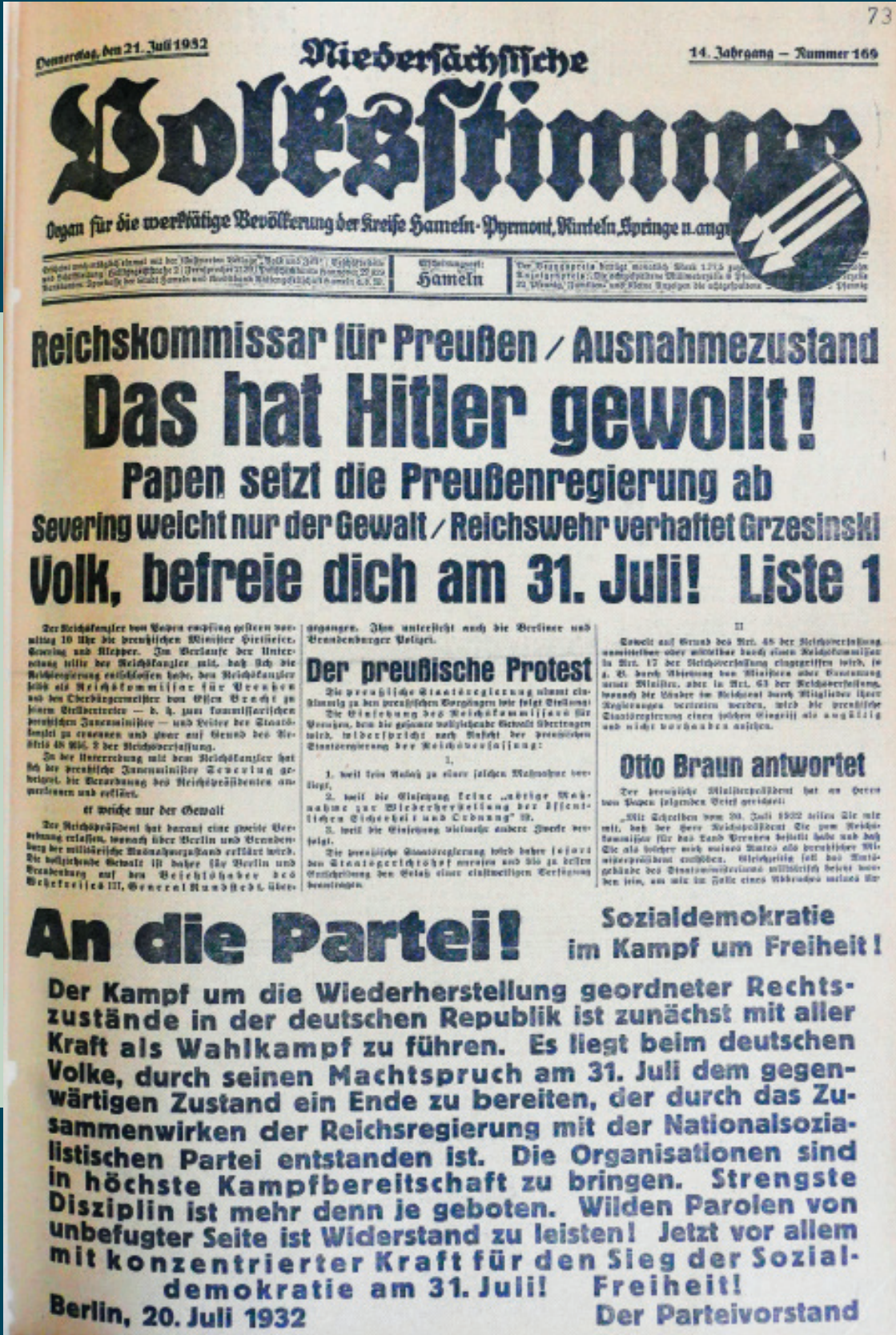


Reichskanzler Franz von Papen 1933  
Bundesarchiv Berlin



Niedersächsische Volksstimme vom 21. Juli 1932

# Die letzten Monate der Republik

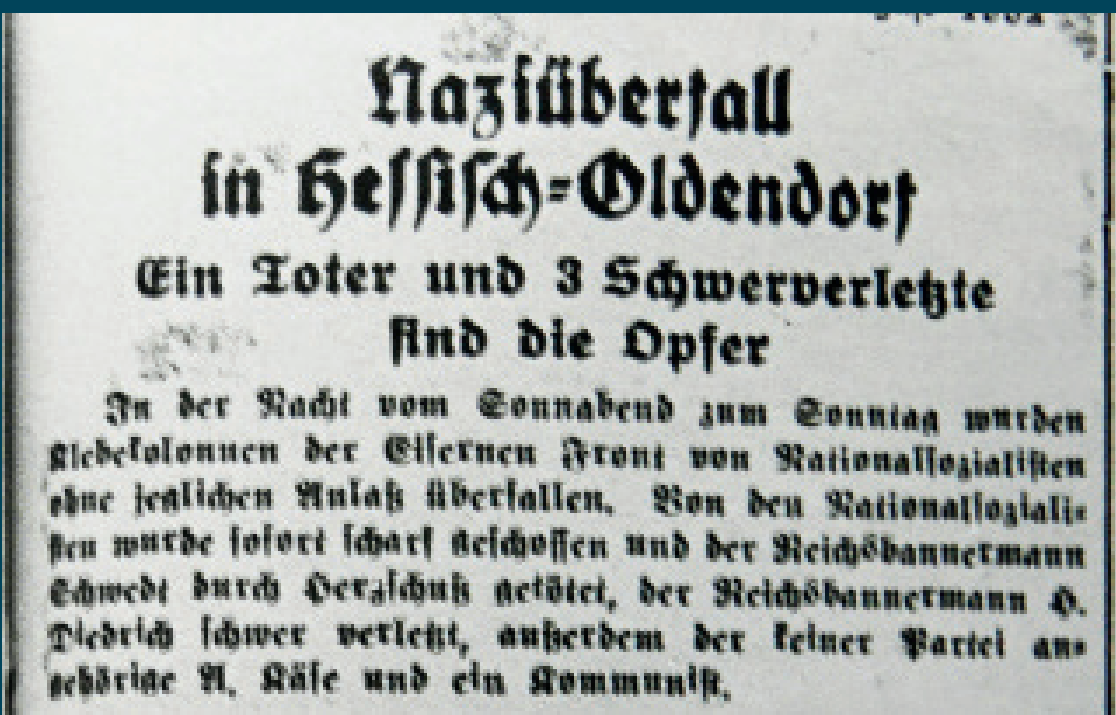


Richard Kalusche, ein Foto aus seiner NSDAP-Personalakte  
Kalusche hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg den rechtsradikalen Freicorps angeschlossen und war Führer der Hamelner SA-Standarte 164.

Bundesarchiv Berlin



Dewezet vom 1. August 1932



Niedersächsische Volksstimme vom 2. August 1932



Niedersächsische Volksstimme vom 2. August 1932

Nach den gewalttätigen Machtdemonstrationen der SA anlässlich der beiden Reichspräsidentenwahlen am 13. März und am 14. April 1932 verfügte der Reichsinnenminister am 13. April 1932 ein Verbot von SA und SS.

Zwei Monate später – am 14. Juni 1932 – hob der von Reichspräsident Hindenburg eingesetzte Reichskanzler Franz von Papen das Verbot wieder auf.

Ein weiteres Ereignis ermutigte die NSDAP und die SA noch mehr: Der „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932. Der „Altonaer Blutsonntag“ am 17. Juli 1932 mit 18 Toten – die SA war provokativ ins „Rote Altona“ einmarschiert – bot Reichskanzler Franz von Papen den willkommenen Anlass zum „Preußenschlag“. Mit der Begründung, das Land Preußen könne die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht mehr garantieren, setzte er am 20. Juli 1932 per „Notverordnung“ die preußische Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun ab.

Von Papen selbst ließ sich von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskommissar in Preußen ernennen. So fiel das für die Erhaltung der Demokratie wichtigste Land in die Hände der Gegner der Weimarer Republik. Innenminister Carl Severing (SPD) und viele weitere republiktreue Beamte mussten gehen.

Im Sommer 1932 sahen sich die Nationalsozialisten kurz vor der Übernahme der politischen Macht. In der Folge traten sie noch brutaler auf. Vor und nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 ging eine Welle der Gewalt über Deutschland hinweg.

## Nach der Aufhebung des SA-Verbots und dem „Preußenschlag“

Auch in Hameln ging die SA nun noch brutaler vor. Die Hamelner SA-Standarte 164 stand unter der Leitung von Standartenführer Richard Kalusche. Mit der selbstgewählten Bezeichnung „Mördersturm“ genoss sie einen in die Region ausstrahlenden Ruf. Sie pflegte ein besonders kriegarisches Selbstverständnis und verkündete die bedingungslose „Opferbereitschaft“ für ihren „Führer“. Für den Fall der Machtübernahme kündigte sie die große Abrechnung mit den politischen Gegnern an.

## 8./9. Juli 1932: „Bunter Abend“ der NSDAP

In der Nacht vom 8./9. Juli 1932 wurde der Hamelner KPD-Mann Reinhardt von mehreren SA-Männern zusammengeschlagen und schwer verletzt. Unter den Tätern war der SA-Mann Budde.

Am Abend des folgenden Tages kam es zur Revanche, als die SA einen „Bunten Abend“ im Monopol-Hotel veranstaltete. Auf dem Weg zum Monopol wurde Budde von mehreren KPD-Leuten niedergeschlagen. Dabei erhielt er einen Messerstich in den Oberschenkel.

Buddes Begleiter alarmierten die SA im Monopol. 50-70 SA-Leute überrannten die beiden vor dem Lokal postierten Polizeibeamten und verfolgten die Kommunisten. In der Platzstraße kam es zu einer wüsten Schlägerei. Es wurde mit Schulterriemen geschlagen und mit Bierseideln geworfen.

## Zusammenstöße in Groß Berkel und Hess. Oldendorf

In der Nacht nach der von der NSDAP triumphal gewonnenen Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 kam es zu mehreren Zusammenstößen zwischen Reichsbannermännern und SA. Dabei wurde von Seiten der SA auch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. In Groß Berkel verhaftete die Polizei elf Reichsbannerleute, während die SA-Männer, die geschossen hatten, entkamen. In Hess. Oldendorf erschoss die SA den Reichsbannermann Fritz Schwedt.

## Juli 1932: Putschpläne der Hamelner SA

Am 7. Juli 1932 veröffentlichte die Niedersächsische Volksstimme einen „Aufmarschplan“ der Standarte 164 für Hameln. Standartenführer Kalusche hatte die Unterlagen peinlicherweise in einer Aktentasche verloren und musste der Polizei gegenüber zugeben, daß der Abdruck in der Niedersächsischen Volksstimme mit den Originalen übereinstimme.

Der Plan enthielt differenzierte Auflistungen für einen potentiellen Einsatz der Standarte 164 in Hameln und Umgebung:

Besetzung von wichtigen Gebäuden, Sicherung der Zufahrtsstraßen, Quartierverteilung, Organisation des Meldewesens, Sicherung des ländlichen Umlands, Alarmpläne, etc.

Kalusche redete sich damit heraus, dass sich der Plan auf den „Einsatz von Kräften bei einem evt. kommunistischen Unternehmen gegen die bestehende Staatsordnung“ beziehe.

Die Polizei verfolgte den Fall nicht weiter. Der Dewezet war er nicht einmal eine Meldung wert.

Nicht wenige Einwohner Hamelns dürften dem Plan aufgeschlossen gegenübergestanden haben.